

BUCHBESPRECHUNGEN

Aquin, Thomas von: <i>Quaestiones disputatae: Vom Übel, De malo, Teilband I</i> (Rainer Miebe).....	101
Emmott, Stephen: <i>Zehn Milliarden</i> (Manfred Brocker).....	104
Faltlhauser, Kurt: <i>Bauen für die Kunst</i> (Peter Cornelius Mayer-Tasch).....	105
Hartmann, Jürgen und Luise Sanders: <i>Literaturkompass Politikwissenschaft</i> (Clemens Jesenitschnig).....	107
Jäger, Lorenz: <i>Prägungen</i> (Christoph Böhr).....	108
Kaiser, Anna-Bettina: <i>Der Parteienstaat</i> (Christian Nestler).....	110
Kracauer, Siegfried: <i>Totalitäre Propaganda</i> (Richard Albrecht).....	111
Müller, Jan-Werner: <i>Das demokratische Zeitalter – Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert</i> (Hans-Martin Schönherr-Mann).....	112
Sörensen, Paul und Nikolai Münch (Hrsg.): <i>Politische Theorie und das Denken Heideggers</i> (Markus Porsche-Ludwig).....	114
Vollmer, Andreas M.: <i>Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)</i> (Christian Nestler).....	116
Werner, Harald: <i>Wie die Gedanken in die Köpfe kommen. Dialektik und Didaktik der politischen Bildung</i> (Beda Erlinghagen).....	117

Thomas von AQUIN, *Quaestiones disputatae: Vom Übel, De malo, Teilband II, q. 8-16, übersetzt von Christian Schäfer, Quaestiones disputatae,*

Band 12. Hamburg: Felix Meiner Verlag, 2010, 405 S., 98 €

Die beiden vom Meiner Verlag edierten Bände stellen die erste Gesamtübertragung der *Quaestiones Disputatae De Malo* ins Deutsche dar. Sie basiert auf Band XXIII der seit 1982 vorliegenden Ausgabe der Gesamtwerte von Thomas von Aquin (Commissio Leonina). Es handelt sich um Vorlesungen, die Thomas in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre des 13. Jahrhunderts in Santa Sabina in Rom abgehalten hat. Veröffentlicht wurden die Quaestiones 1-15 im Jahr 1270, die Frage 16 erschien 1272 (vgl. Teilband I, S. 466). Der von Stefan Schick übersetzte Teilband I umfasst die Fragen 1-7, der von Christian Schäfer übersetzte Teilband II die Fragen 8-16. Beide Übersetzer haben ein jeweils eigenständiges Nachwort verfasst. Übersichtlicher wäre es gewesen, eine doppelsprachige Ausgabe herauszugeben, die den sofortigen Vergleich mit dem lateinischen Original erlaubt. Der teilweise vorgenommene Goldschnitt soll den philosophisch-theologischen Rang dieser Schrift hervorheben.

In Teilband I geht es in der Frage 1 um das Übel allgemein, in den Fragen 2 bis 5 um die Sünde und deren Ursache sowie um die Erbsünde und die Strafe. Frage 6 enthält Ausführungen zur freien Wahl. Mit der Frage 7 zur lässlichen Sünde endet der Teilband I. Thomas ist stets um begriffliche Klärung bemüht; dabei versucht er, seine im wesentlichen auf Aristoteles beruhenden philosophischen Überlegungen auf theologische Inhalte hin auszudehnen und begreifbarer zu machen. Am bedeutendsten sind seine Lehre vom Übel als der Abwesenheit des Guten (privatio boni) und seine Darlegungen zur Freiheit des Willens. Beide stehen im Zentrum des ganzen Werks *De malo*. Die Privationslehre geht auf die Kirchenväter und die antike Philosophie zurück. »Sein« und »gut« sind auswechselbare Begriffe. Das Böse bzw. das Übel (*malum*) erstreckt sich im Lateinischen anders als im Deutschen auf beide Bedeutungen, also die innere Verdorbenheit des Menschen und die von außen ihn treffenden Drangsale und üblen Ergehensweisen, ist nicht wesensmäßig als etwas Böses an sich vorhanden, sondern eine Beraubung des Gu-

ten und der Vollkommenheit. Es existiert im Guten auf eine bestimmte Weise. In Frage 1 Artikel 1 heißt es, »daß das Übel, insofern es ein Übel ist, kein Etwas in den Dingen ist, sondern die Beraubung eines besonderen Guts, die einem besonderen Gut innewohnt« (Teilband I, S. 9).

Thomas entfaltet diese Grundüberlegungen Schritt für Schritt mit großer Präzision. In der von Stefan Schick glänzend gelungenen Übertragung kann der Leser mit großem Gewinn das Gedankengebäude erschließen und erwägen, wie grundlegend es für das Philosophieren bis zum heutigen Tag geblieben sind. Schick blickt auf Schelling (vgl. Teilband I, S. 469), der kritisch feststellt, dass der Mensch als das vollkommenste der sichtbaren Geschöpfe, »der des Bösen fähig ist, zeigt, dass der Grund desselben keineswegs in Mangel oder Beraubung liegen könne« (ebd.). Für Thomas hingegen ist ein Übel umso größer, je mehr etwas in der Lage ist, das Gute zu besitzen. Das Übel tritt am Träger eines Guten auf und stört oder durchkreuzt die mögliche Realisierung des Guten. Ein vollkommenstes Wesen, das die Realisierung des Guten nicht vornimmt, ist somit Träger des größten Übels (vgl. Teilband I, S. 471). Allein solch ein Gedanke taucht später im politischen Denken von Hannah Arendt auf, wenn sie mit Platon sagt, dass der Philosoph, der von Natur durch seine Veranlagungen für das Gute qualifiziert ist, dann versagt, wenn besonders er nicht handelt und das Böse zulässt.

Eine solche Unterlassung kann als Sünde angesehen werden. Kant hatte bekanntlich auf die Reinigkeit des Herzens und den guten Willen allein in der Gesinnung abgehoben. Wie die äußere Handlung dann zustande kommt, vor allem, welches Resultat sie hat, bleibt kontingent und ist dem Handelnden nicht zuzuschreiben. Für Thomas kann indes die innere und äußere Handlung Sünde sein. Das Hauptkriterium zur Bewertung einer Handlung ist die Vernünftigkeit des Menschen, die sowohl den Ursprung als auch das Gelingen einer Willenshandlung berücksichtigt. Der überlegte Wille formiert gewissermaßen eine Verantwortungsethik. Sie setzt die Freiheit des Willens und die Fähigkeit des Wählens voraus. Thomas diskutiert diese Freiheit im wesentlichen als ein Verhältnis zwischen Wille und Vernunft. Der Wille kann jedoch seine Freiheit dadurch bekunden, dass er die Vernunft aus reiner Selbstbewegung des Willens voluntaristisch niederreißt und missachtet.

Andererseits kann das von der Vernunft erkannte Gute den Willen vollkommen bestimmen und dessen Freiheit aufheben. Thomas betrachtet jedoch den Willen auch als rationales Vermögen, der auf das Gute zielt, während die Vernunft das Wahre anstrebt. Das allgemeine Gute ist eine Zielursache für das ganze Wollen. Die einzelnen Willensakte sind dabei aber stets auf einzelne gute Dinge gerichtet, die in bestimmter Perspektive gut sind, nicht schlechthin. Der menschliche Wille erstreckt sich von vornherein auf das allgemeine Gute, das er potentiell nur in einzelnen Dingen umsetzen kann und in diesem Vorgang die Freiheit zur Verwirklichung besitzt (vgl. Teilband I, S. 497).

Der Wille vermag sich selbst zu bewegen sowie durch seinen spezifischen Gegenstand auf je bestimmte Weise tätig zu sein. Diese zwei Möglichkeiten umfassen zwei Freiheitsformen: Als Möglichkeit überhaupt tätig zu sein und als Möglichkeit, sich so oder anders auszudrücken. Zur Tätigkeit kann der Wille nur sich selbst bewegen. Wie der Inhalt aussieht, bestimmt die Vernunft. Damit sie tätig wird, muss ein Vermögen in Kraft treten, das ihrerseits gewollt ist. Das Denken muss gewollt sein. »Wille und Verstand bewegen sich gegenseitig: der Verstand spezifiziert die Handlung des Willens, der Wille verursacht die Tätigkeit der Vernunft als solcher« (Teilband I, S. 498). So ist die Freiheit nicht losgelöst von der Vernunft und die Vernunft nicht losgelöst von der Freiheit.

In Teilband II behandelt Thomas in Frage 8 in 4 Artikeln die Anzahl der Hauptlaster für eine Auslegung der Todsünden. Er übernimmt die Siebenzahl aus den *Moralschriften* von Gregor dem Großen. Die Fragen 9-15 erstrecken sich auf die Beschreibung der traditionellen Hauptlaster: Eitler Ruhm, Neid, Trägheit, Zorn, Habsucht, Fressucht, Verschwendung. Frage 16 betrifft die Dämonen und deren Rolle bei der Verursachung von Übeln. Strukturmerkmal der Hauptlaster sind »charakterliche Allgemeinausrichtungen oder innere Grundeinstellungen, die uns das Falsche tun lassen, aus denen also schlechte Einzelhandlungen hervorgehen« (Teilband II, S. 375). Tugenden drücken das von der Vernunft gebotene Richtige aus und werden von den Lasten unterschieden. Die Todsünde hingegen entsteht, wenn jemand seine innere Grundhaltung durch die Typik seiner Einzelhandlungen zu erkennen gibt, z. B. Töten aus reiner Lust. Davon ist abzugrenzen das nicht grundsätzlich lasterhafte Tun, z.B. der Tyrannen-

mord. In Frage 9 Artikel 2 sagt Thomas: »Man soll sich in der Meinung täuschen, daß alle sogenannten Hauptsünden allein dieser Zuweisung wegen auch Todsünden sind. Denn daraus würde folgen, daß jede aus Völlerei oder Zorn begangene Sünde eine Todsünde ist, was offensichtlich falsch ist« (Teilband II, S. 63). Die Todsünde ist die innere Entfremdung bzw. Entfernung von Gott. Sie führt zum Verlust des ewigen Lebens und kann nur durch eine ehrliche Umkehr des Sünders mit den Mitteln der kirchlichen Sakramente getilgt werden. Wer sein Leben nach einem Hauptlaster ausgerichtet, greift auch auf die anderen Hauptlaster zurück und lässt diese quasi aus dem ersten Hauptlaster, das für das Leben leitend wurde, hervorgehen. Wer z. B. viel besitzt und nach noch mehr trachtet, kann damit seine Durchsetzungsfähigkeit unter Beweis stellen, damit auch die eigene Attraktivität steigern, Erfolg überall haben, verführerisch wirken auf andere, das dann wieder zurückwirkt auf den Erfolgreichen selbst und ihn weiter anreizt. Und er glaubt sogar, ein Sieger zu sein, der gute Eigenschaften verkörpert und in seinem Leben die richtigen Werte umgesetzt hat. Die Ausgestaltung des Lasterhaften zum natürlichen Trieb, der das moralisch Gute darstellt und geradezu ersetzt, erinnert an den naturalistischen Fehlschluss, den G. E. Moore formulierte, dass nämlich das Gute durch kein naturalistisch deskriptives Prädikat ausgedrückt werden kann (vgl. Teilband II, S. 384). Besitz, Durchsetzungsfähigkeit und Glück können einen mit dem Guten nicht übereinstimmenden Inhalt haben.

Diese zumeist temporären Lebensziele als nicht schlechthin gut zu erkennen, vermag der Mensch vornehmlich durch die Vernunft. Sie sagt uns, dass wir normative Letztgültigkeit und die Aufhebung der relativistischen und antinomischen Glücksbestrebungen nur in einer ewigen Glückseligkeit finden können. Der Blick auf das letzte Gut – »Gottes Güte zu erkennen ist der Endzweck für alle vernunftbegabten Geschöpfe, denn darin besteht deren Glückseligkeit« (Frage 9 Artikel 1 Ad 4, Teilband II, S. 56) – ist wiederum von unserem freien Willen und der Offenheit für Gott abhängig. Allerdings sind diese Verknüpfungen, die Thomas skrupulös herstellt zwischen aristotelischer Philosophie und überlieferter Glaubenslehre, oft zu stark auf den vernunftgelenkten Willen bezogen.

Es bleibt indes für uns Heutige immer wieder ein Herausforderung, die Ansprüche des Säkula-

ren und des Religiösen abzuwägen, sie überhaupt noch wahrzunehmen. Da bietet Thomas immer noch auf großartige Weise Anknüpfungspunkte, die in der Philosophie und Theologie von Bedeutung sind. Nehmen wir nur die abstruse Postulantenlehre von Immanuel Kant, dem Protagonisten der Aufklärungsphilosophie, dann wirkt Thomas dagegen modern, und selbst die Lehre von den Engeln überzeugt (polemisch gesprochen) mehr als jene unsterbliche Seele, die sich nach dem Tode weiter nach dem Sittengesetz richten muss.

Die letzte Frage 16 von *De malo* behandelt die Gegenspieler der Engel, die Dämonen. Bei ihnen handelt es sich um reine Geistwesen, die nicht von Natur aus böse sind, sondern durch ihre Willensentscheidung unumkehrbar böse werden, und zwar weil sie unmittelbar erkennen, ohne aufgrund von Sinneswahrnehmungen reflektieren und abwägen zu können. Ihre Entscheidungen sind nicht korrigierbar. Die Dämonen können als böse Kräfte den Menschen beeinflussen und täuschen. Inwieweit die freie Willensentscheidung des Menschen betroffen ist, steht im Mittelpunkt von Frage 16. Danach können die Dämonen das passiv-aufnehmende Vermögen manipulieren und dem Verstand etwas vormachen, ihn gewissermaßen okkupieren. Das aktive Vermögen des Verstandes, der den freien Willen steuert, bleibt jedoch in seiner Souveränität als *intellectus agens* bestehen. Der Mensch kann es nicht verlieren. Den äußeren bösen Versuchungen kann er somit von innen widerstehen. Die Laster als »psychische Dispositionen« (vgl. Teilband II, S. 399) führen nicht zu einer Unzurechnungsfähigkeit und entheben den Menschen auch nicht von seiner moralischen Zurechenbarkeit. Man kann also die Menschen vom Bösen und deren Verwerflichkeit nicht entlasten, wenn man das Böse äußeren Faktoren zuschreibt, die die menschliche Psyche lähmen und den Handlungsursprung als nicht vom Menschen verursacht annimmt.

Christian Schäfers erstklassige Übertragung referiert diesen Gedankengang im Nachwort zu unkritisch. Auch der Hinweis auf die eindrucksvollen Thomas-Studien von Leo Elders (vgl. Teilband II, S. 399 FN 39) kann die sachlich-systematisch stets vorhandene Möglichkeit eines negierenden Einflusses von außen auf die Psyche, die Vernunft und die Willensfreiheit eines Menschen nicht ausschließen.

Das Böse kann auch von innen entstehen ohne freie Willenswahl. Und ist der freie Wille ausge-

schaltet, kann die moralische Zurechenbarkeit durchaus entfallen. Thomas vertraut erneut zu sehr der Stabilität des Verstandes.

Dennoch bleibt es von großer Bedeutung, dass für Thomas die einzig wirksamen Mittel gegen das Böse die freie Handlungswahl des Menschen, seine Vernunft und (am allerwichtigsten) das heilige Evangelium von der Gnade und Herrlichkeit Gottes sind.

Damit steht fest, wie aktuell das thomasische Denken noch immer ist. Die beiden Bände von *De malo* seien deshalb allen Interessierten ans Herz gelegt.

Rainer Miebe

Stephen EMMOTT: *Zehn Milliarden. Aus dem Englischen von Anke Caroline Burger. Berlin: Subrkamp, 2013, 207 S., 14,95 €*

Zehn Milliarden – der Titel des Buches bezieht sich auf die prognostizierte Zahl von Menschen am Ende dieses Jahrhunderts. Wie schon Thomas Robert Malthus, ein anderer britischer Mahner und Warner, sieht Stephen Emmott die Tragfähigkeit und Belastbarkeit des Planeten durch das Bevölkerungswachstum bedroht – nicht erst in ferner Zukunft, sondern in absehbarer Zeit. Damals, als Malthus seinen *Essay on the Principle of Population* Ende des 18. Jahrhunderts publizierte, galt die Nationalökonomie als »dismal science«. Heute ist es die *Computational Science*, die rechnergestützte Naturwissenschaft, mit der komplexe (Öko-) Systeme erforscht, Trendrechnungen und Projektionen in großem Ausmaß durchgeführt werden können – bei denen allerdings wegen der zahllosen zu beachtenden Variablen und der Komplexität des »Systems Welt« auch Spekulationen Tür und Tor geöffnet sind.

Emmotts Prognosen kommen als Fakten daher: Im Jahr 2050 werden neun Milliarden, am Ende des Jahrhunderts zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben (auf Seite 195 erhöht er seine Prognose auf 28 Milliarden). Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre wird auf über 550 ppm steigen (36). Waren 1960 einhundert Millionen Autos auf den Straßen der Welt unterwegs, werden in den nächsten 40 Jahren vier Milliarden weitere produziert werden (92, 107). Einerseits wird sich der Bedarf an Nahrungsmitteln bis 2050 mehr als verdoppeln (52), andererseits werden die zur Produktion von

Mineraldünger erforderlichen Phosphatvorräte in wenigen Jahrzehnten zu Neige gehen (136). Der Kohleverbrauch wird bis 2030 um weitere 20% steigen (88) und damit die Erderwärmung verschärfen, der Wasserverbrauch im Jahr 2025 zehnmal höher sein als zu Beginn des 20. Jahrhunderts (76), was weitere Dürren hervorrufen wird: »Am Ende dieses Jahrhunderts wird es in weiten Teilen unseres Planeten kein brauchbares Wasser mehr geben« (138). Die Folgen: Ökosystemfunktionen werden ausfallen (67), Hungersnöte ausbrechen (128ff.), die Polkappen schmelzen und weite Teile der Küstenregionen der Welt überfluten. »Große Teile Afrikas werden auf Dauer zu Katastrophengebieten werden. Das Amazonasgebiet wird sich womöglich in eine Strauchlandschaft oder gar eine Wüste verwandeln. Und die gesamte Landwirtschaft wird in einem nie dagewesenen Ausmaß bedroht sein« (149). Am Ende steht das Überleben der Spezies Mensch auf dem Spiel.

Vieles von dem, was Emmott schreibt, ist heute Gemeingut: Wir verbrauchen zu viel Wasser, zu viel fossile Energie, zu viel Atmosphäre, zu viel Boden. Die Meere sind überfischt, die Böden ausgelaugt, die Umweltverschmutzung gefährdet den Bestand zahlreicher Arten. Die steigende Nahrungsmittelproduktion beschleunigt den Klimawandel und gefährdet damit sich selbst.

Die detaillierten Daten, die Emmott hierfür präsentiert, sind allerdings teils problematisch, teils nicht überprüfbar. Manches muss man schlicht glauben. Denn leider gibt es keinen wissenschaftlichen Apparat und keine Bibliographie. Die wenigen Verweise auf wissenschaftliche Forschungsliteratur beschränken sich im Grunde auf Quellenangaben zu den 13 Grafiken des Bandes. Emmotts Interpretationen und halsbrecherische Prognosen, die er aus diesen Daten ableitet, sind bisweilen kühn. Zu kühn. Darauf haben Rezensenten in England bereits nach der Veröffentlichung hingewiesen. Sie zu entlarven, erfordert großen Aufwand und naturwissenschaftliche Kenntnisse, die der Durchschnittsleser kaum mitbringen dürfte. Paradoxerweise beruht hierauf der Überraschungserfolg des Buches, das jetzt auch auf Deutsch vorliegt: Es schockiert, es verstört, es erzeugt ein wohliges Gruseln wie bei der Lektüre eines Kriminalromans. Zugleich aber stellt sich der Eindruck ein, das dort Geschilderte habe nichts mit dem eigenen Leben zu tun. Und so bleibt das düster-schillernde Szenario folgenlos. Weder fordert

es zu einer wissenschaftlich-analytischen Auseinandersetzung mit den Befunden zur Problemlage heraus, noch wird es die Leser zu einer Verhaltensänderung veranlassen.

Zwar möchte der Autor, der für Microsoft in Cambridge arbeitet und gelegentlich als Gastprofessor in Oxford lehrt, aufrütteln. Er spricht von einem »Notfall planetarischen Ausmaßes«, der zum sofortigen Handeln zwingt: Wir müssen unser Verhalten »radikal« ändern, heißt es gleich mehrfach (157, 174, 199). Was jedoch konkret zu tun ist, sagt er nicht. Sieht man einmal von Emmotts Idee einer »künstlichen Photosynthese« als Lösung des Energieproblems ab (die wir »irgendwie hinkriegen« müssen; 163), und seinem mehrfach wiederholten Appell zum Konsumverzicht (175, 190), dessen Vergeblichkeit er freilich selbst voraussieht, fehlt ein Aktionsplan, ein Alternativprogramm und ein Hoffnungsschimmer. Entsprechend fatalistisch klingt das Fazit: »I think we're fucked« (in der deutschen Ausgabe weniger drastisch mit »Ich glaube, wir sind nicht mehr zu retten« übersetzt; 202). Die letzten Sätze des Buches schließlich sind Klimax und Katharsis zugleich: Was jeder einzelne angesichts der drohenden Hunger- und Umweltkatastrophe tun könne? Seinen Kindern beibringen, wie man mit einem Gewehr umgeht.

40 Jahre nach dem Club of Rome-Bericht zu den *Grenzen des Wachstums* liegt ein neuer Weckruf vor, der zum »Umdenken« auffordert, am Ende aber wohl noch weniger bewegen dürfte als jener. Ohnehin haben Bücher eher selten konkrete politische Reformprozesse ausgelöst. Es war und ist noch immer primär der reale Problemdruck, der Lösungen erzwingt. Und Bücher, die wie das vorliegende nichts zur Analyse jener *Mechanismen* beitragen, die zu Fehlentwicklungen führen, werden vermutlich erst Recht keine Konsequenzen zeitigen. Denn Analyse ist es, die nottut. Der Kassandra-Ruf allein hilft nicht weiter. Was im Klappentext als seine Stärke gepriesen wird, nämlich: »kein theoretischer Überbau, kein moralischer Zeigefinger, nur die Fakten«, ist bei genauerem Hinsehen die eigentliche Schwäche des Buches.

Eines der zugrunde liegenden Hemmnisse für die politische Lösung der Art von Problemen, um die Emmott kreist, ist die Asynchronizität institutioneller Entscheidungsprozesse: In Demokratien gibt es temporale Entscheidungsstrukturen, die mit denen der Wirtschaft und der Lebenswelten

der Bürger nicht synchron verlaufen. Legislaturperioden dauern in der Regel vier bis fünf Jahre, die Berichtszeiträume von Aktiengesellschaften zwölf Monate, die Lebensplanung der Bürger dagegen rechnet in Dekaden. Politisch-institutionelle Lösungsvorschläge müssen diese Asynchronizität mit reflektieren.

Zum zweiten aber, und erheblicher: In vielen der gegenwärtig produzierten Endzeit- und Untergangsszenarien, zu denen Emmotts Buch zu zählen ist, bleiben wichtige *ethische* Fragen unerörtert. Ist etwa das Prämiieren der Zukunft zulasten der Gegenwart überhaupt moralisch zu rechtfertigen? Was, wenn es Widerstand gäbe gegen Gesetze, die die Menschheit »zukunftsfest« machen sollen, gegen Gesetze also, die der heutigen Generation Kosten auferlegen, ihren Nutzen aber erst bei zukünftigen Generationen entfalten? Darf man diesen Widerstand brechen? Was konkret schulden wir unseren Enkeln und Urenkeln? Gibt es eine ethisch begründbare Pflicht, die Menschheit zu erhalten? In einem rein utilitaristischen Kalkül, das Bürger in Demokratien oft ihren Entscheidungen zugrunde legen (Downs), ist eine solche Pflicht für die heute Lebenden offenbar nur schwer zu begründen. Ist die Demokratie deshalb eine Bedrohung für die Zukunft der Menschheit? Wäre die Technokratie, der Ökosozialismus, die »Asketokratie«, die Herrschaft der Asketen, die bessere Staatsform?

Weil aber die praktischen, d.h. moralischen, politischen und ökonomischen Implikationen der präsentierten »Fakten« nicht ausbuchstabiert und die politisch-institutionellen Wege der Implementation eines überzeugenden Konzepts von »Nachhaltigkeit« nicht entwickelt werden (ohne die Vorteile von weltweiter Arbeitsteilung und marktwirtschaftlicher Ordnung für unsere Wohlfahrt zu zerstören!), handelt es sich bei dem vorliegenden Buch um das, was es im Jahr 2012 war, als es im Londoner Royal Court Theatre zur »Aufführung« kam: Theaterdonner.

Manfred Broucker

Kurt FALTLHAUSER: *Bauen für die Kunst. Ein Werkstattbericht aus der Ära Stöber. Regensburg: Verlag Friedrich Pustet, 2013, 487 S., 32 €*

Was da bescheiden als »Werkstattbericht« daherkommt, ist in Wirklichkeit ein gelungener (Tief-)

Blick auf eine kulturpolitische (Hoch-)Leistung – auf die Entstehung nämlich der innerhalb einer vergleichsweise knappen Periode von anderthalb Jahrzehnten in Bayern geschaffenen »Bau(t)en für die Kunst«. Mit Fug und Recht wagen konnte diesen Blick Einer, der als langjähriger Finanzminister (und damit u.a. auch Herr der Bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung) zu den wichtigsten Mitgestaltern dieser kulturpolitisch ungemein kreativen Periode zählte.

Dass es bei diesem Innovationsschub nicht nur um Kultur-, sondern auch um Regionalpolitik ging, zeigt bereits ein erster Blick auf das Inhaltsverzeichnis. »Bauten für die Kunst« wurden nicht nur in der als Kulturmetropole des deutschen Südens ohnedies privilegierten Landeshauptstadt errichtet und gefördert, sondern in der Bemühung um soziale und politische Akzeptanzsicherung auch in Ostbayern, das mit dem »Neuen Museum« in Nürnberg, dem Museum Georg Schäfer in Schweinfurt und mit der Villa Concordia in Bamberg abgefunden wurde und mit diesen ebenfalls im Blickfeld des Autors liegen. Im Zentrum dieses Blickfelds freilich liegen die Kulturbauten, um die die stürmischsten öffentlichen Debatten kreisten, zu deren Verwirklichung es der intensivsten kultur- und finanzpolitischen Anstrengungen bedurfte und um die Bayern heute auch bundesweit beneidet wird – die Pinakothek der Moderne, das Brandhorst-Museum und das Museum für Ägyptische Kunst in München also und das Buchheim-Museum am Starnberger See.

Kurt Faltlhausers Buch ist nicht zuletzt deshalb ein Glücksfall für alle am Kulturgeschehen interessierten Zeitgenossen, weil hier ein hochkompetenter *Insider* Entscheidungsprozesse verständlich werden lässt, die zur Hoch-Zeit der »Kulturkämpfe« um die Pinakothek der Moderne, um das Brandhorst-Museum und um das Buchheim-Museum selbst aus den engagiertesten und informiertesten Medienberichten nur fragmentarisch erschlossen werden konnten. Und dies umso mehr, als er dabei nicht nur auf die eigenen Erinnerungen zurückgreifen konnte, ihm vielmehr auch so wichtige Mitakteure wie u.a. Edmund Stoiber, Hans Zehetmair, Diethild Buchheim, Fritz Schäfer, Stephan Braunfels und Albert Scharf für dokumentierte »Zeitzeugengespräche« zur Verfügung standen, und ihm auch die Bayerische Staats- und Kulturverwaltung großzügigen Zugang zu einschlägigen Akten und Daten eröffnete, die dann zum Teil auch im Anhang mit veröffentlicht wurden.

Trotz der unverkennbaren Zurückhaltung, die sich der Verfasser bei seinem »Werkstattbericht« auferlegt, macht er doch an einigen markanten »Eckpunkten« keinen Hehl aus seinen damaligen Präferenzen und Vorbehalten. So etwa im Hinblick auf den von ihm so genannten »Stifter-Coup«, der sowohl die Finanzierungs- als auch die Gestaltungsweichen für das heutige Museum Brandhorst in einer keineswegs unproblematischen Weise stellte. Dass der eine oder andere Mitgestalter oder Mitbeobachter der damaligen Entscheidungsprozesse manche Akzente anders gesetzt hätte, ist eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich. Unabweisbar ist jedenfalls, dass sowohl die vergleichsweise dicht aufeinanderfolgende Um- und Durchsetzung der – zum Teil auf lange zurückliegende Gründungsimpulse zurückführbaren – kultur- und finanzpolitischen Leistungen dieser Periode als auch deren wohldokumentierte Bestandsaufnahme uneingeschränkte Anerkennung verdienen.

Wer will, mag insbesondere in der Komplettierung des Münchner Museumsareals nicht nur das Pendant zur neuerlichen Aufwertung der Berliner Museumsinsel, sondern auch die Fortsetzung der jahrhundertelangen Wittelsbacher Kunst- und Kulturpolitik sehen. In seinem – zur Laudatio geratenen – Geleitwort teilt Heinrich Oberreuther zu Recht die Befriedigung des Autors über die Tatsache, dass offenbar auch unter den Vorzeichen der parlamentarischen Demokratie noch möglich war, was in den Zeiten der tendenziell absoluten und selbst noch in den Zeiten der konstitutionellen Monarchie sehr viel einfacher durchzusetzen war. Bei genauerem Hinsehen ist allerdings kaum überschaubar, dass trotz des erheblichen Zuwachses an Akteuren und (mehr oder minder) öffentlichen Debatten die wirklichen Weichenstellungen auch heute nur von einer Handvoll selbstbewusster und entscheidungsstarker Protagonisten vorgenommen werden. Auch in den Zeiten der konstitutionellen Demokratie läuft die Entscheidungspyramide spitz zu. Und zuweilen (keineswegs immer!) ist dies auch gut so.

Peter Cornelius Mayer-Tasch

Jürgen HARTMANN / Luise SANDERS: *Literaturkompass Politikwissenschaft. Einführung in die politikwissenschaftliche Literatur*. Wiesbaden: Springer VS, 2013, 249 S., 19,99 €

Eine gedruckte »Einführung in die politikwissenschaftliche Literatur« mutet im Zeitalter des Online-Publishing antiquiert an. Wird das Werk nicht bald überholt sein? Doch kein Nachteil ohne Vorteil: Ein Buch kann Wissen besser gewichtet und übersichtlicher strukturiert darstellen als ein digitaler Text. Angesichts »des geradezu explosionsartigen Wachstums der in den Fachverlagen erscheinenden politikwissenschaftlichen Titel« (9) wollen Jürgen Hartmann und Luise Sanders Studienanfängern gedruckte Orientierung bieten.

Der emeritierte Universitätsprofessor und die politologisch ausgebildete Oberbibliotheksrätin haben eine »bibliographie raisonnée« veröffentlicht, die erstens »Schlüsselwerke«, zweitens Periodika und drittens wichtige Recherchewerkzeuge im Internet erschließen will. Unter »Schlüsselwerken« verstehen die Verfasser keine »Klassiker«, sondern »Monografien, Sammelbände oder fachhistorisch wegweisende Artikel, vorzugsweise mit einem jüngeren Erscheinungsdatum [...], die das Fach in seinen wichtigsten Aspekten vorstell[en] und dabei erschließ[en], ob nun als Ganzes oder in seinen Teilgebieten.« (10).

Der »Literaturkompass« ist in neun Kapitel samt Register (leider ohne Sachbegriffe) gegliedert und stellt 339 Bücher und Aufsätze sowie 129 akademische Journale vor. Das erste Kapitel ist Einführung- und Übersichtswerken gewidmet. Darauf folgen Kapitel über Publikationen zu Politischen Systemen (mit besonderem Fokus auf die Bundesrepublik Deutschland), zu Internationalen Beziehungen, zur Europäischen Union sowie zu Politischer Theorie und Ideengeschichte. Zwei kurze Abschnitte zu Methodenliteratur und wissenschaftlichen Arbeitshilfen runden den Schwerpunkt »Schlüsselwerke« ab, ehe auf 82 Seiten Fachzeitschriften sowie auf 18 Seiten Recherchemöglichkeiten vorgestellt werden.

Kann das Buch den Anspruch einer Literatur-einführung für Studienanfänger erfüllen? Um dies zu beurteilen muss man fragen, welche literarischen Handreichungen Bachelorstudierende in den ersten Semestern benötigen. Nach Ansicht des Rezensenten 1. eine verständliche Einführung in die Wissenschaftstheorie, 2. eine praxisorientierte

Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten, 3. eine gute Einleitung in die Methoden der Sozialwissenschaften, 4. einen inhaltlichen Überblick über die Teilbereiche der Politikwissenschaft, 5. last but not least die wichtigsten Nachschlagewerke und Handbücher für die Hausbibliothek.

Geht man diese Anforderungen durch, wird man bis auf Punkt 1 im »Literaturkompass« fündig. Aber – und dies ist eine grundlegende Einschränkung – nicht in der für Erstsemester wünschenswerten Strukturierung, Prioritätensetzung und Kommentierung (die oft recht oberflächlich ausfällt).

Gleich im ersten Kapitel werden den Lesern zwei Bände von Max Weber, zwei von Karl Popper, einer von Thomas Kuhn sowie zwei englischsprachige Publikationen von Gabriel Almond ans Herz gelegt (15f.), indes keine einzige wissenschaftstheoretische Einführung. Im Abschnitt »Ideengeschichte« sucht man dagegen vergeblich nach Empfehlungen für Editionen etwa von Tocqueville oder Marx.

Gewiss: Wer einen Literaturführer schreibt, muss aus Kritikersicht eigentlich immer ein bisschen scheitern. Kaum ein Rezensent wird mit der Auswahl je völlig einverstanden sein. Der vorliegende Band lässt jedoch mehrfach Zweifel an einer überlegten Gewichtung aufkommen. Auf »Klassiker« wurde nicht durchgängig verzichtet, doch die Auswahl wirkt erratisch. Wie ist es zu erklären, dass zwar Gerhard Lehmanbruchs *Parteienwettbewerb im Bundesstaat* (3. Auflage 2000) zu finden ist, aber kein Werk von Fritz Scharpf, dem geistigen Vater der »Politikverflechtung«?

Etliche spezielle und anspruchsvolle Werke dürften Bachelorstudierende überfordern (z.B. Robert Putnams *Making Democracy Work*, 1993; Wilhelm Bleekers *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, 2001; Andrew Moravcsiks *The Choice for Europe*, 1998; oder Niklas Luhmanns *Soziale Systeme*, 1984).

Über alle Teilgebiete hinweg weist die Auswahl eine Schräglage zugunsten eines eher konservativen Verständnisses von Politikwissenschaft auf, das in der Nachfolge älterer institutionalistischer Ansätze die Analyse politischer Regelsysteme und Prozesse fokussiert.

Unter »Politische Systeme« (nota bene: nicht »Vergleichende Politikwissenschaft«) sucht man zum Beispiel vergeblich nach Literatur über transnationales Regieren und Staatlichkeit im Wandel.

Aber auch das früher in Konjunktur stehende Thema neuer politischer Akteure in Form »Neuer Sozialer Bewegungen« findet keine Erwähnung.

Im Kapitel *Internationale Beziehungen* werden die Leser über Literatur zum üblichen Theorienkanon in Kenntnis gesetzt, außerdem zu Regimen und Organisationen sowie ausführlich zu staatlichen Außenpolitiken. Die »linke« Friedens- und Konfliktforschung, in Deutschland maßgeblich von Dieter Senghaas geprägt, findet keine Erwähnung, auch nicht das aktuelle Standardwerk *Friedens- und Konfliktforschung* von Peter Schlotter und Simone Wisotzki (Hg., 2011).

Ähnliches ist im – allzu knapp geratenen – Kapitel über die Europäische Union zu konstatieren. Neben Einführungen werden vornehmlich Werke präsentiert, die über Institutionen und politische Abläufe der EU unterrichten. Wer sich über das kontrovers diskutierte »Demokratiedefizit« informieren will, die Folgen der sogenannten Osterweiterung für die EU ermesen möchte oder Näheres über die Forschung zur Regelkonformität (compliance) der Mitgliedsstaaten erfahren will, wird im Stich gelassen.

Behält man die grundsätzliche inhaltliche Schiefelage im Blick, scheint die Literatúrauswahl in jenen Bereichen besser abgewogen und überzeugender, die Hartmann ausweislich seiner Forschung und Lehre am vertrautesten sind: dem Vergleich politischer Systeme und dem Politischen System Deutschlands.

Auch der Zeitschriftenteil weist eine inhaltliche Unwucht auf. Während englischsprachigen Journalen aus dem Bereich »area studies« viel Platz eingeräumt wird (166-192), vermisst man einige allgemeine (APuZ), feministische (femina politica), rezensierende (NPL) und interdisziplinäre (dms, GWP, PROKLA, ZSE, ZSR) deutschsprachige Fachzeitschriften. Ihr Fehlen ist in Summe ein Mangel.

Insgesamt bietet der *Literaturkompass Politikwissenschaft* Studienanfängern wegen der recht gravierenden Einschränkungen nur mäßige Orientierung. Tatsächlich am meisten Nutzen aus dem Buch dürften angehende Dozenten ziehen. Mit Vorwissen offeriert es einen rasch erschließbaren Literaturfundus für das erste Seminar. Die Durchsicht anderer Bibliografien macht es gleichwohl nicht überflüssig.

Clemens Jesenitschnig

Lorenz JÄGER: *Prägungen*, Wien und Leipzig: Karolinger Verlag, 40 S., 9,90 €

Heutzutage, da im akademischen Mainstream eine bewusste Anwendung dialektischen Denkens weitestgehend marginalisiert ist, erregt ein Titel, der eine Verbindung von Dialektik und Didaktik programmatisch ausweist, wohl schon alleine deswegen Aufmerksamkeit. Harald Werner schickt sich an, »die Nützlichkeit des dialektischen Denkens anhand didaktischer Probleme unter Beweis zu stellen.« Gleichzeitig kritisiert er die Reduktion von Didaktik auf Methodik, die zu einer »gewissen Verarmung« führe. (7)

Der Autor umreißt einleitend sein Verständnis des Begriffes »Dialektik«, bei der es entgegen gelegentlich anzutreffender Fehldeutungen nicht darum gehe, »jemandem das Wort im Munde umzudrehen« oder um ein geschicktes rhetorisches Manöver, sondern um die »Lehre von den Widersprüchen«, deren Geschichte bis in das frühe Altertum zurückreiche und die viele verschiedene Richtungen hervorgebracht habe. Werner jedoch beruft sich »vor allem« auf das »dialektische Denken bei Marx und Engels« (8), womit er sich auch von Modellen abgrenzt, die Dialektik als reine Denkmethode begreifen.

Werner stellt klar, dass es ihm nicht darum gehe, ein Lehrbuch der Dialektik zu verfassen, sondern um Möglichkeiten ihrer Anwendung auf didaktische Probleme, wobei er als Beauftragter des Parteivorstandes von DIE LINKE hier erkennbar primär linke und gewerkschaftliche politische Bildungsarbeit im Auge hat. Das kann durchaus in Analogie zu dem klassischen Grundsatz verstanden werden, wonach Philosophie noch am besten am Gegenstand selbst zu erlernen ist. Gleichwohl umreißt er sehr knapp – hierbei eng der Darstellung Friedrich Engels' folgend – drei »Prinzipien« der Dialektik, die da wären: »Einheit und Kampf der Gegensätze«, »Negation der Negation« und »Umschlag quantitativer Veränderungen in eine neue Qualität«. Werners Darstellung bleibt dabei jedoch selbst für eine konzise Darstellung recht schematisch und zum Teil lückenhaft; Weiterentwicklungen marxistischer Dialektik nach Engels bleiben von ihm unbeachtet.

Der Autor warnt »vor eindimensionalen, durchweg stringenten und Allgemeingültigkeit beanspruchenden Konzepten«, vielmehr wolle er mit seinem Buch dazu verhelfen, »die Entschei-

dungsgrundlagen für eine emanzipatorische linke Bildungsarbeit kenntlich zu machen« (10) Vor dem Hintergrund einer »allgemeinen Entpolitisierung« in der (bundesdeutschen) Gesellschaft, die er recht fix aus sinkenden Wahlbeteiligungen und eingebrochenen Mitgliederzahlen von SPD und CDU meint ableiten zu können, bemängelt er einen Mangel an politischer Bildung, die selbst da, »wo sie entstanden ist«, anzutreffen sei, »nämlich in Gewerkschaften und linken Parteien.« (11) Auch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, die teilweise durch »Outsourcing« in fremde Institutionen und Stiftungen verlagert worden ist, sei eine »immer stärkere Konzentration auf funktionale und organisationsinterne Qualifizierung« auszumachen, wohingegen »politische Grundlagenausbildung« dort »austrocknet«. (11)

Diesem negativen Befund schließt Werner einen interessanten historischen Rückblick auf die Anfänge politischer Bildungsarbeit in Deutschland an, die nicht nur zuerst in Gewerkschaften und den Parteien der Arbeiterbewegung stattgefunden habe, sondern tatsächlich deren Wurzeln darstellten: »Die deutschen Arbeiterbildungsvereine sind... älter als die politischen und gewerkschaftlichen Massenorganisationen.« (15) Sehr aufschlussreich ist die Darstellung des Autors, wonach es in der linken und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit schon sehr früh die Tendenz gegeben habe, diese auf eine »Vermittlung des Stoffs zur Bewältigung des politischen Tagesgeschäfts« zu reduzieren und die Bedeutung »allgemeiner Aufklärung« geringzuschätzen – einer Entwicklung, der interessanterweise nicht zuletzt Rosa Luxemburg entgegenzutreten versuchte. (17) Diese Tendenz war auch verbunden mit einem zunehmend distanzierenden und instrumentellen Verhältnis gegenüber Intellektuellen.

Werner misst politischer Bildungsarbeit eine zentrale Rolle für die gewerkschaftliche »Handlungsfähigkeit« zu. Das größte Problem, mit dem sie konfrontiert sei, ist ihm zufolge »die gesellschaftlich rückläufige Bedeutung von Bildung überhaupt« (30) Diese manifestiere sich – entgegen der gängigen Rede von der »Wissengesellschaft« – etwa darin, dass es in Deutschland unter der erwachsenen Bevölkerung 7,5 Millionen »strukturelle Analphabeten« gebe. Politische Bildung stehe folglich häufig vor der Herausforderung, dass zunächst einmal »elementare Kulturtechniken« zu erlernen wären. (31)

Nachfolgend widmet sich der Autor direkter didaktischen Fragen. Hier orientiert er sich vor allem an Klaus Holzkamp, dem bekanntesten Vertreter der etwas in Vergessenheit geratenen »Kritischen Psychologie«, die einstmals vor allem an der FU Berlin ihre stärkste Basis hatte. Das, was Werner im Folgenden über »Subjektorientierung«, die Rolle von Emotionen beim Lernen, das Verhältnis von Lehren und Selbstlernen oder auch Kooperatives Lernen schreibt, kann mittlerweile in der Didaktik und Bildungsforschung weitgehend als Gemeingut gelten, was jedoch nicht zwingend ein Manko ist, wenn man sich vor Augen hält, dass der Autor weniger einen Nachschlagewerk für angehende Lehrkräfte im Schuldienst, als ein Handbuch für in (linker) außerschulischer politischer Bildungsarbeit Tätige verfasst hat. Welche Bedeutung dabei jedoch der Dialektik zukommt, vermag Werner hier leider nur ansatzweise zu vermitteln.

Anders verhält es sich wohl bei Werners Ausführungen über empirische und theoretische Verallgemeinerungen. Hier zeigt er auf plausible Weise auf, wie der pädagogische Anspruch auf Anschaulichkeit an seine Grenzen stößt, wo es um die Vermittlung theoretischer Gesetze geht, gerade bei geisteswissenschaftlichen Inhalten: »Hier führt die Anschauung häufig in die Irre... Wer etwa versucht, die kapitalistische Industrialisierung durch Bilder zu veranschaulichen, darf sich nicht wundern, dass der Industriekapitalismus nicht mehr erkannt wird, wenn seine rauchenden Schornsteine und Fließbänder verschwunden sind. Eine höchst aktuelle Erscheinung, wenn man daran denkt, dass viele von der Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft sprechen, weil sie eine nur anschauliche und keine theoretisch-analytische Vorstellung von Industriegesellschaft haben.« (118) Auch Werners Überlegungen zu der von Marx in *Das Kapital* entwickelten Methode, »vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen« und sein Versuch, sie auf didaktische Probleme anzuwenden, ist durchaus interessant, gerade weil sie im Gegensatz zu der im Bildungswesen etablierten Vorstellung steht, idealerweise das Konkrete zum Ausgangspunkt zu nehmen.

Wirklich instruktiv sind die kritischen Ausführungen des Autors über das Paradoxon, dass ausgerechnet die »emanzipatorischen« Zielsetzungen »linker Bildungsarbeit« zu »Lernbehinderungen« führen könnten: Das Vorhandensein vorgegebener

Ziele und Prinzipien stehe in einem »bedingten Gegensatz« zu dem gleichzeitigen Anspruch von »Offenheit und Pluralität«. Dass Werner nur ansatzweise Lösungsansätze für diesen (tatsächlich dialektischen) Widerspruch aufzeigt, vermag den Gewinn nicht zu schmälern, der schon aus dem Aufwerfen derartiger kritischer Fragen zu ziehen ist.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Werner ein nützliches Handbuch für in (linker) politischer Bildungsarbeit Tätige verfasst hat. Über diesen Adressatenkreis hinaus ist jedoch nur passagenweise Gewinn aus seiner Lektüre zu ziehen. Sein Versuch aufzuzeigen, inwieweit die Dialektik für die Didaktik fruchtbar gemacht werden kann, ist nur teilweise als gelungen anzusehen und hätte einer stärkeren Fundierung bedurft. Auch hätte hier eine Bezugnahme auf die »Dialektische Didaktik« des DDR-Pädagogen Lothar Klingberg nahegelegen, die nach wie vor zum Lehrkanon an erziehungswissenschaftlichen Fakultäten zählt.

Christoph Böhr

Anna-Bettina KAISER: Der Parteienstaat: Zum Staatsverständnis von Gerhard Leibholz, Baden-Baden: Nomos, 2013, 263 S., 29 €

Die von Rüdiger Voigt verantwortete Reihe »Staatsverständnisse« setzt sich zum Ziel, durch neuerliche Lektüre von Staatsdenkern aller Couleur, die Bedeutung dieser Werke im Sinne einer modernen Staatswissenschaft zu verifizieren. Mit dem von Anna-Bettina Kaiser als Band 58 dieser Reihe herausgegebenen Publikation, liegt nun eine – zum Teil äußerst kritische – Auseinandersetzung mit dem Werk von Gerhard Leibholz vor. In sehr prägnanten Beiträgen ist das Ziel die »Ambivalenz im Leibholz'schen Werk aufzuspüren und auszuhalten« (12).

Dabei steht zuvorderst der Konsens, dass die Bedeutung des Bundesverfassungsgerichts nach 1945 für die Bundesrepublik Deutschland nicht hoch genug bewertet werden kann. Korrektiv und Richtschnur in einem, wurde es bis in die 1960er und 70er Jahre nicht unwesentlich von Staatsrechtlern geprägt, die ihre Ausbildung und akademische Qualifikation in der Weimarer Republik erworben hatten. Unter ihnen war auch Gerhard Leibholz (1901–1982), der im Alter von 19 Jahren eine philosophische Dissertation über *Fichte und der de-*

mokratische Gedanke verteidigte und 1925 mit einer Arbeit über *Die Gleichheit vor dem Gesetz* seine juristische Promotion abschloss. Die Habilitation erfolgte 1929 zum Thema *Das Wesen der Repräsentation*. Seine akademische Karriere – 1929 Ruf nach Greifswald und 1931 staatsrechtliche Professur in Göttingen – wurde durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten unterbrochen und führte nach dem Zwangsruhestand 1935 letztendlich zu seiner Emigration aus Deutschland 1938. Die Kriegsjahre verbrachte er in Großbritannien und kehrt 1947 nach Deutschland zurück. Die folgende zweigleisige Beschäftigung hatte zum einen die Universität Göttingen und zum anderen den Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts als Mittelpunkte. An ersterer hatte Leibholz zunächst einige Lehraufträge und wurde 1954 auf eine Professur für Politikwissenschaft berufen. In Karlsruhe hatte er von 1951 bis 1971 das Referat für Parlaments-, Parteien- und Wahlrecht inne.

Das Leibholz'sche Werk ist in seinem ganzen Umfang nur bedingt erkennbar. Klar sind die selbstständigen Veröffentlichungen, wie beispielsweise seine Qualifizierungsarbeiten und die Werke der Bonner Zeit, sowie unselbstständige wissenschaftliche Aufsätze. Schwieriger ist es seinen Einfluss in der Rechtsprechung und den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zu identifizieren. Als Referent hatte er Gestaltungsmacht aber war im Regelfall nicht alleinverantwortlich. In der Auseinandersetzung mit seinem Œuvre dominieren daher der Blick auf die Weimarer Veröffentlichungen und die Kontinuitäten und Neuanfänge nach dem Krieg in der Bundesrepublik.

In seiner Struktur trägt der vorliegende Band dieser Zweiseitigkeit Rechnung. In zehn Beiträgen widmen sich die Autoren spezifischen Aspekten des Werkes. Die Leitlinie nach der Einleitung der Herausgeberin, die unter dem Titel »Mit Leibholz zum Liquid Feedback« steht, ist dann »Leibholz zwischen Weimar und Bonn«. Frieder Günther stellt hierfür unter biographischen Gesichtspunkten Überlegungen zum antiliberalen Charakter des Leibholz'schen Werkes an und zeichnet dessen Auswirkungen in der Arbeit des Bundesverfassungsgerichtes nach (23–43).

Auf den oben angedeuteten »gefühlten« Überhang der Veröffentlichungstätigkeit in der Weimarer Zeit, geht der Band gezielt ein. Zunächst wird unter dem Titel »Repräsentation und Parteienstaatlichkeit in der Weimarer Zeit« mit drei Bei-

trägen von Angelika Siehr, John Philipp Thurn und Peter Collin der Blick auf das »erste Leben« des Autors gerichtet. Hier werden Irrungen und Wirrungen im Werk des Autors aber auch in die zum Teil »unnötige[n] Schärfe« der »(links-)liberale[n] Leibholz-Rezeption« herausgearbeitet (84).

Der dritte inhaltliche Abschnitt wechselt dann zwar in die bundesrepublikanische Zeit bleibt aber dem Thema Parteien treu und erweitert die Ausführungen um den Bereich Parteienfinanzierung. Die Beiträge von Kathrin Groh, die den Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich bemüht, und Ann-Katrin Kaufhold wagen hier unter anderem die Feststellung, dass Leibholz gleichermaßen wirkmächtig wie auch veraltet ist (162 f.).

Mit dem »Gleichheitsgrundsatz« setzen sich im vierten Abschnitt Florian Meinel und Tim Wihl in zwei Beiträgen auseinander. In diesem Teil findet sich Leibholz größter bleibender Beitrag: »Die auf Leibholz zurückgehende, die Rechtsprechung seit mehr als einem Jahrhundert tragende Formel, der Gleichheitssatz verbietet willkürliche Rechtsetzung, erweist sich in historischer Betrachtung als Motor der drei Makrotendenzen bundesrepublikanischer Rechtsentwicklung: der Entfaltung der Verfassungsgerichtsbarkeit, der Unitarisierung und der Verrechtlichung des Sozialen.« (193)

Abgerundet wird der Band mit einem Abschnitt zum »Kampf um die Stellung des Bundesverfassungsgerichts«. Der Beitrag von Justin Collings zeichnet die Entwicklung der Institution und die nachweisbaren Standpunkte von Leibholz in dessen aktiver Zeit nach. Dabei wird im letzten Artikel deutlich, dass sich Person und Werk ereignisgeschichtlich unterscheiden. Die antiliberalen Elemente im Hauptwerk »akzeptieren« oder tragen den Niedergang Weimars mit, gleichwohl bleibt besonders Leibholz unbelastet vom Nationalsozialismus, so dass er nach seiner Rückkehr 1947 für das neue Staatswesen »nutzbar« war (227).

Der »Exportschlag« Bundesverfassungsgericht lebte und lebt in seiner Genese im Besonderen von herausragenden Persönlichkeiten: Gerhard Leibholz ist zweifellos dazu zuzählen, das verdeutlicht diese Ausgabe der »Staatsverständnisse« eindrucksvoll und vielschichtig. Die Beiträge bieten eine detaillierte und kenntnisreiche Lektüre für Interessierte, Studenten aber auch Lehrende der erweiterten Geistes- und Sozialwissen-

schaften. Die Ambivalenz der Rezeption wird auch in den unterschiedlichen Urteilen der Autoren deutlich. Die Grundprobleme, die sich in der Trias: Hauptwerke und Sozialisation in der Weimarer Zeit, Doppelrolle als Wissenschaftler und Richter im Bundesverfassungsgericht nach 1945, sowie der Frage nach Einfluss und Wirkungsmacht der Leibholz'schen Thesen zeigen, werden breit angegangen aber – nachvollziehbarer Weise – nicht abschließend beantwortet.

Christian Nestler

Siegfried KRACAUER: Totalitäre Propaganda. Hg. und mit einem Nachwort von Bernd Stiegler unter Mitarbeit von Maren Neumann und Joachim Heck. Berlin: Suhrkamp, 2013, 338 S., 18 €

Das *Arbeitsjournal* des 1933 exilierten und schließlich in Südkalifornien überlebenden Stückeschreibers Bertolt Brecht (1898-1957) enthält ein gutes Dutzend Einträge über die Frankfurter des Instituts für Sozialforschung aus den Jahren 1941-1944. Besonders interessierten Brecht im Zusammenhang mit seiner Intellektuellenkritik und seinem TUI-Romanprojekt die auch heute noch bekannten Ideologiekritiker Frankfurter Provenienz, Max Horkheimer (1895-1973) und Theodor W. (»Teddy«) Adorno (1903-1969) des ebenfalls exilierten Instituts. Brechts erster, die Frankfurter betreffender Eintrag aus dem August 1941 bezieht sich auf Horkheimer als Institutsleiter und merkt kritisch an, das Institut alimentiere durch Geldzahlungen »etwa ein dutzend intellektuelle, die dafür ihre arbeiten abliefern müssen ohne die gewähr, daß die zeitschrift sie jemals druckt.« (*Arbeitsjournal* [1938-1956]. Hg. Werner Hecht. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1973: 295)

Genau darum geht es im hier kurz vorzustellenden Buch über *Totalitäre Propaganda* des sozialwissenschaftlich argumentierenden linken Feuilletonisten, Essayisten, Erzähler, Literatur-, Medien und Kulturkritiker, Filmhistoriker und Geschichtsphilosophen Siegfried Kracauer (1889-1966). Es wurde 1936-1938 in Kracaers Pariser Exil (er konnte erst 1941 über Lissabon in die USA gelangen) als Auftragsarbeit des Instituts erarbeitet. Und erschien erst 2012 in der aufwändig textlich rekonstruierten und sachkundig edierten Kracauer-Werkausgabe im Suhrkamp-Verlag als

Band 2.2 *Studien zu Massenmedien und Propaganda*.

Über diesen Fakt hinaus verweist die hier vorzustellende zweite Buchausgabe von *Totalitäre Propaganda* auf mehrere besondere Merkwürdigkeiten. Diese betreffen das Institut im Allgemeinen und dessen Mitarbeiter Adorno im Speziellen. Es war vor allem Adorno, der einmal – und noch bevor das gesamte Kracauer-Manuskript vorlag – mittels seiner *Gutachten* genannten, Kracauer selbst vorenthaltenen Kritik vom 5. März 1938 bewirkte, daß Kracauers Studie vom Institut in welcher Form auch immer grundsätzlich nicht veröffentlicht wurde. Und der zum anderen unter dem Vorwand, vom Kracauer-Text zu retten, was zu retten ist, unterm Titel *Zur Theorie der autoritären Propaganda* eine so herunter gekürzte Zeitschriftenversion schrieb, daß der Autor Kracauer trotz aller finanzieller Not einer Veröffentlichung nicht zustimmte: »Teddies Redigierung« – schrieb Institutsmitglied Leo Löwenthal (1900-1993) am 9. September 1938 dem befreundeten Kollegen Kracauer nach Paris – »stellt eine umgreifende Veränderung des ursprünglichen Textes dar«.

Diese adornsche »Veränderung« plakatiert schon der Titel – aus zutreffender kracauer'scher *totalitärer* wurde schiefe adornitische *autoritäre* Propaganda. Insofern erübrigt sich auch jeder weitere filigran-philologische Textvergleich. Nicht aber ein Blick ins Adorno-*Gutachten*, das passagenweise den Eindruck des Verdikts eines stalinisierten KP-ZKS vermittelt: etwa wenn Adorno seinem früheren Mentor und Freund vorwirft, den faschistischen Nationalsozialismus nicht marxistisch-ökonomisch zu untersuchen, sondern diesen »aus outsiderhafter Position« nur amateurhaft-phenomenologisch zu beschreiben (das machte freilich die Stärke von Kracauers 1930 in Buchform veröffentlichten Sozialreportagen *Die Angestellten*. Aus dem neuesten *Deutschland* aus). Geradezu hinterhältig erscheinen die gönnerhaften Passagen über die »positiven Teile der Arbeit«, in denen Kracauer – so Adorno – versucht, sich aus der »Sphäre der Warenschriftstellerei herauszuarbeiten« und über »Emigrationsopfer wie Kracauer, das [!] in einer immerhin anständigen Weise versucht, seinen geistigen Standard wiederzugewinnen.«

Der Materialband zu Kracauers *Totalitäre Propaganda* ist (wie Band 2.2. der Werkausgabe) gediegen ediert (ein Druckfehler bei Kracauers *Ti-*

telvorschlag fiel mir auf: 323). Und doch wirkt dieser Band (auf mich) ähnlich sekundärpublizistisch wie das gegenwärtige deutschsprachige Regietheater – wird doch allein der Bandherausgeber Bernd Stiegler, nicht aber der Autor und Produzent Siegfried Kracauer als Person vorgestellt.

Richard Albrecht

Jan-Werner MÜLLER, *Das demokratische Zeitalter – Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, übers. von Michael Adrian. Berlin: Suhrkamp, 2013, 400 S., 34,95 €

Seit einigen Jahren macht der Begriff Postdemokratie in Philosophie, Sozialwissenschaft und dem Feuilleton die Runde. Danach leben wir nicht mehr im Zustand einer funktionierenden Demokratie, sondern werden vielmehr von Finanzkreisen, Wirtschaftsmächten und diversen Verwaltungseliten beherrscht, die sich durch demokratische Institutionen, also gewählte Parlamente und Regierungen kaum noch kontrollieren lassen – so 2008 Colin Crouch, der das Wort einführt.

Allerdings suggeriert das Wort auch, dass dieser Zustand erst in den letzten Jahrzehnten eintrat, dass es davor jedenfalls demokratischer zugeht. Jan-Werner Müllers Buch *Das demokratische Zeitalter* will dieses Bild etwas zurechtrücken. Der amerikanische Titel *Contesting Democracy*, unter dem das Buch 2011 zuerst erschien, betont den Streit um die Demokratie, der im 20. Jahrhundert geführt wurde. Der deutsche Titel *Das demokratische Zeitalter – Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert* entspricht dagegen etwas besser der Intention seines deutschen Autors, der seit acht Jahren Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Theorie und Ideengeschichte an der US-amerikanischen Elite-Universität Princeton im Bundesstaat New Jersey lehrt, der reichsten Universität weltweit, wie sie sich selber rühmt.

Denn Müller stellt die Frage, welches goldene Zeitalter gemeint sein könnte und man wird wahrscheinlich an die Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg denken, als sich in Europa die Demokratien in Ländern stabilisierten, in denen sie in der Zwischenkriegszeit reihenweise zusammengebrochen waren, man denke an Italien, Deutschland und Österreich. Gleichzeitig wurde nicht nur in diesen Ländern der Sozialstaat massiv ausgebaut,

so dass der Eindruck entstehen konnte, dass es sich nicht nur um eine Demokratisierung, sondern auch um eine Sozialdemokratisierung handelt. Der 2009 gestorbene liberale Soziologe Ralf Dahrendorf sprach gar vom sozialdemokratischen Jahrhundert.

Demokratie hängt somit vom Sozialstaat ab, der in den letzten Jahrzehnten des Neoliberalismus global in die Defensive geriet und teilweise abgebaut wurde – so die These von Crouch. In Deutschland könnte man als Beispiel dafür die Reformen verstehen, die mit dem Namen Hartz verknüpft werden und die sich im Hartz-IV-Empfänger verewigt haben. Jetzt herrscht nicht mehr ein demokratischer Staat, der sich um seine schwächsten Mitglieder kümmert, jetzt dominieren die Gesellschaft schier überall die Finanzmärkte. Dann kann man von Postdemokratie sprechen.

Dass Demokratie im Sinne von Crouch und der Sozialstaat zusammengehören, das gilt für Jan-Werner Müller höchstens für England, wo Labour nach dem Krieg den Sozialstaat ausbaute, an dessen Abbau dann Tony Blair mitwirkte, was für die These von Crouch spricht. In Frankreich, Italien, Benelux und Deutschland waren es dagegen christdemokratische Parteien, erklärt Müller die Christdemokratie zur »wichtigsten ideologischen Innovation der Nachkriegszeit und einer der bedeutendsten des europäischen 20. Jahrhunderts überhaupt.« (219)

Der Sozialstaat, den christdemokratische Parteien nach dem Weltkrieg aufbauten, geriet denn auch erheblich paternalistischer und orientierte sich am traditionellen Familienbild. Als wichtigster Vermittler erscheint Müller Jacques Maritain, der als überzeugter Thomist an der Menschenrechtserklärung der UN mitarbeitete und den De Gaulle als französischen Botschafter zum Vatikan entsandte. Noch als die Moderne kritisierender Mönch – er trat 1960 nach dem Tod seiner Frau in ein Kloster bei Toulouse ein – arbeitete er an einer Versöhnung des Katholizismus mit der Demokratie, den Menschenrechten und dem Sozialstaat, und handelte sich dabei zahlreiche Kritiken ein. So »brandmarkten ihn«, schreibt Müller, »halsstarre rechte Katholiken wie Carl Schmitt durchweg als ›Cauche-Maritain‹ (von cauchemar, Alptraum), während Konservative wie der ungarische Denker Aurel Konai Maritains Bemühungen ›den armen Thomas Aquinas in die Lumpen eines laizistischen Apostels der Demokratie zu kleiden«, noch nie

sehr glaubwürdig gefunden hatten. Östlich des Eisernen Vorhangs griff der politische Philosoph Leszek Kolakowski die ganze neothomistische Tendenz als eine verzweifelte Maßnahme zur Rechtfertigung und Rettung des Rechts auf Privateigentum an.« (232) Maritain war zwar kein Mitbegründer der Christdemokratie, aber, so Müller, hat er doch wesentlich dazu beigetragen, dass diese ihre demokratische wie soziale Dynamik aus der katholischen Tradition heraus zu entfalten vermochte.

Was Demokratie und Sozialstaat betrifft, war das 20. Jahrhundert also kein sozialdemokratisches, sondern ein christdemokratisches. Dann wird es doch etwas schwieriger von Postdemokratie zu sprechen, noch dazu wenn Jan-Werner Müller die westlichen Nachkriegsdemokratien selbstdisziplinierte Demokratien nennt, die die Bevölkerung nur turnusgemäß zu den Wahlen schickten, ihr einen weitergehenden politischen Einfluss aber kaum zugestanden. Die Nachkriegsdemokratien waren weitgehend nicht darauf ausgerichtet, aktiven Bürgern eine politische Beteiligung außerhalb der etablierten Parteien zuzugestehen. Noch heute hört man in Deutschland die Klage, dass man auf Grund von protestierenden Bürgern nichts Großartiges mehr bauen könne – man denke an die Auseinandersetzung um den Bahnhofsneubau Stuttgart 21.

Besonders in der Bundesrepublik verwehrt man der Bevölkerung bis heute Volksentscheide auf Bundesebene, was in mancher Hinsicht aber auch durchaus berechtigt erscheint. Viele Rechte, die gerade Minderheiten in den letzten Jahrzehnten erstritten haben – man denke nur an die Schwulen – würden von einer Mehrheit bei einem Volksentscheid womöglich wieder beschnitten wie jüngst erst in Kalifornien. Ergo kann man die Bevölkerung beispielsweise nicht über die Todesstrafe abstimmen lassen. Diese selbstdisziplinierte Demokratie der Nachkriegsjahre erscheint indes nicht sehr demokratisch, eher postdemokratisch.

Auch die europäische Integration verdankt sich nach Müller durch christdemokratische Vorbehalte gegen die Demokratie: Sie erschien »als glaubwürdige Antwort auf die Gefahren der Volkssouveränität, der gegenüber christdemokratische Führer selbst als Vorsitzende von Volksparteien besonders skeptisch bleiben sollten.« (240)

Da die Vorsilbe »post« ja bekannterweise »nach« bedeutet, ergibt sich die Frage, welche De-

mokratie es zuvor gegeben hätte. Nun ja, zuvor liegt das Zeitalter des Faschismus und des Nationalsozialismus, des Kommunismus und des Stalinismus, also des Totalitarismus, also gerade keine Demokratie! Man spricht denn auch vom Gegensatz von Demokratie und Totalitarismus.

Doch so einfach ist es nicht. Damit kommen wir auch zum Buchtitel *Das demokratische Zeitalter* zurück. Nicht nur Kommunisten erklärten ihre Staaten zu Volksdemokratien und behaupteten, den demokratischen Willen des Volkes wirklich umzusetzen. Ob Vertreter des italienischen Faschismus oder autoritärer Regime wie das Portugal Antonio Salazars, des dienstältesten Diktators Europas von 1928 bis 1968, sie reklamierten sich häufig als wahre Demokraten. Carl Schmitt, der Kronjurist der Nazis, trennt Demokratie und Parlamentarismus. Demokratisch soll ein Volk einem Führer akklamieren. Parlamente dagegen behindert nur wichtige und dringende politische Entscheidungen, zu denen ein vom Volk direkt berufener Führer mit diktatorischen Vollmachten viel eher in der Lage ist.

Dass Demokratie überhaupt allgemeine und gleiche Wahlen beinhaltet, zudem eine freie politische Presse, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das verstand sich nicht mal für den Liberalismus des 19. Jahrhunderts von selbst, hatten die Liberalen eher Angst von der bäuerlichen oder proletarischen Bevölkerung, die sie nicht unbedingt an Wahlen beteiligen wollten. So tat sich der Liberalismus denn auch in der Weimarer Republik schwer, was Jan-Werner Müller anhand zahlreicher Beispiele ebenfalls aufzeigt. Also auch in dieser Hinsicht erscheint eine Diagnose der Postdemokratie problematisch.

Wenn Postdemokratie nach Müller einen Sinn erhält, dann unter Bezugnahme auf 1968, dem Jan-Werner Müller eine ausführliches Kapitel widmet mit sehr vielen Details. Die damaligen Bewegungen haben die politischen Institutionen nicht verändert. Sie führten schon gar nicht zu einem großen Umsturz wie in den letzten Jahren in der arabischen Welt. Doch in den Folgejahren veränderten sich sowohl kulturelle als auch moralische Gewohnheiten und Auffassungen. Die Familie verlor massiv an Bedeutung. Die Lebensformen veränderten sich. Die Achtung gerade gegenüber von politischen Autoritäten nahm dramatisch ab. Viele Zeitgenossen engagierte sich stattdessen außerinstitutionell in den verschiedenen Bürgerinitiativen und Protestbewegungen.

So drängt sich Müller eine andere Parallele zur heutigen Situation auf. Wenn man heute die Märkte wieder stärker politisch kontrollieren will, dann könnte dazu auch Druck von der Straße notwendig, bzw. zumindest hilfreich sein. Verschiedene zeitgenössische Initiativen wie Attac oder Occupy kündigen davon, dass ähnliches wie 1968 sich wiederholen könnte, natürlich mit ganz anderen Zielsetzungen und wahrscheinlich auch anderen Ergebnissen.

Jan-Werner Müller geht auch auf die Umstürze in Mittel- und Osteuropa nach 1989 ein und diskutiert ausführlich die berühmte These Francis Fukuyamas, dass die Geschichte im Hafen der Demokratie angekommen und damit beendet sei. Müller stellt in seinem spannenden und gut lesbaren Buch, das mit einer Fülle von auch unterhaltensamen Details genauso glänzt, wie mit großen Zusammenhängen, Fukuyama die Demokratie entgegen, über deren Zukunft man keine sicheren Aussagen machen kann. Wie schon der US-Neopragmatist Richard Rorty bemerkte, gibt es für die Demokratie keine historische Notwendigkeit. Vielmehr ist sie das Produkt diverser Zufälle und besitzt experimentellen Charakter. So steckt ja auch die Demokratie selbst voller Ungewissheiten: allein schon, wer gewinnt die nächsten Wahlen?

Hans-Martin Schönherr-Mann

Paul SÖRENSEN und Nikolai MÜNCH (Hrsg.): *Politische Theorie und das Denken Heideggers*. Bielefeld: transcript, 252 S., 29,80 €

Ausgangsthese des Bandes, der überwiegend Beiträge von Nachwuchswissenschaftlern aus Politikwissenschaft und Philosophie versammelt und auf eine Tagung an der Universität Jena zurückgeht, ist, dass zahlreiche Zusammenhänge zwischen dem Denken Heideggers und politischer Theoriebildung/Philosophie bestehen. Die Zielstellung des Bandes besteht darin, »dieses Verhältnis eingehender zu untersuchen. Es geht dabei mit hin um die Frage, ob und (gegebenenfalls) inwiefern in systematischer Hinsicht von Seiten der politischen Theorie an das heideggerische Denken angeknüpft werden kann.« (12) »Heuristisch-analytisch« werden drei Untersuchungsebenen unterschieden: eine persönliche (insbesondere Heideggers Verstrickung in den Nationalsozialis-

mus); eine systematische-materiale (»Herauspräpierung« eines politischen Denkens, Begrifflichkeiten und »Kategorien« einer politischen Philosophie im Werk Heideggers) und die Ebene der Adaption (Ansätze und Konzeptionen der politischen Theorie, die sich im Anschluss oder in Abgrenzung zu Heidegger entwickelt haben: Hannah Arendt, zahlreiche anglo-amerikanische Vertreter, Vertreter der Kritischen Theorie sowie der französischen Politischen Theorie und Soziologie). Die zweite und dritte Ebene stehen im Vordergrund, aber auch in Beziehung zur ersten Ebene. Alle Ebenen durchziehen die Thematiken des Bandes, die in zwei Sparten gegliedert sind: 1. Motive der politischen Theorie/Philosophie Heideggers (21-130) und 2. Politische Theorie/Philosophie nach Heidegger (131-246). In der 1. Sparte geht es u. a. um Heideggers »Gemeinschaftsbegrifflichkeit«, seine(n) Freiheitsbegriff(e), sein »Modell der Anerkennung«, seine »politische Ästhetik«, sein »Konzept von Menschenwürde«. Die 2. Sparte widmet sich u.a. dem politischen Denken Heideggers im Anschluss an seine Man-Analyse, Heideggers Demokratiekritik, dem »Linksheideggerianismus« und möglichen Analogien zwischen Heideggers Philosophie und Judith Butlers politischem Denken.

Dabei mangelt es quer durch den Band oftmals bereits am Grundverständnis von Heideggers Denken. Wenige Beispiele: – es wird gesprochen von *Daseinsanalyse* (statt -analytik) (z.B. 75; 225); – Heidegger stelle dem descartischen Denken in Subjekt-Objekt das In-der-Welt-sein des Menschen entgegen und komme so zu einem »Vorrang der Praxis« (8, kursiv durch MPL): Heidegger hat immer betont, dass die Differenz Theorie-Praxis aus der »Idee« resultiert und daher daseinsanalytisch irrelevant ist; – es wird differenziert zwischen Individuum (autonomer Instanz) und umfassender sozialer Einbindung (8f.): bei Heidegger existiert eine Gleichursprünglichkeit von Dasein und Mitsein; – beim Vergleich z.B. mit Axel Honneth (75) oder Judith Butler u. a.: es wird Heidegger u.a. vorgeworfen, er vernachlässige die »Kommunikation« (77), die »Dialogizität«. Das sind Kategorien. Heidegger kennt *logos* und *dia-logos*. Was und wie will man hier vergleichen?; – die Heideggernähe von anglo-amerikanischen Autoren und insbesondere französischer Politischer Philosophie/Theorie wird in vielen Fällen nur behauptet und tlw. aufgrund von Selbstbehauptungen der Autoren

angenommen (11f.) Wo geht (als Beispiel für sogenannte postmoderne Denker) Foucault von der Seinsfrage aus?

Es ist in gewisser Weise konsequent, dass die Herausgeber u.a. auf Alexander Schwans Werk »Politische Philosophie im Denken Heideggers« (1959) verweisen, obgleich dessen Studie aus anderem Holz geschnitzt ist. Schwans Intention war darauf gerichtet, Heidegger politisch-philosophisch zu lesen. Auf ein solches Ansinnen reagierte Heidegger – über Schwan hinausgehend – wie folgt: »Sicherlich wäre es sowohl für die »praktische und politische Philosophie« als auch für das Denken der Seinsfrage von Vorteil, wenn man jedes in seinem Bereich belässt und nicht das eine in das andere hinüberzieht.« (Brief M. Heideggers an R. Maurer v. 3.8.1974) Zur Erläuterung führt Heidegger weiter an: »Ob aus meinem seinsgeschichtlichen Bedenken des Grundzugs des Seins im gegenwärtigen Zeitalter, den ich als den Willen zum Willen denke, eine »praktische, das heißt auch politische Philosophie« folgen muss, das möchte ich als fraglich hinstellen. Ich vermag darin nicht einen weiterführenden Ansatz zu sehen, der über den gegenwärtigen Stand der Seinsfrage hinausführt« (ebd.). Heidegger geht es – und das ist das Ziel seiner Fundamentalontologie – um die Seinsfrage: das menschliche Da-sein als ganzes zu bewahren. Von ihr aus lässt sich dann u. a. zufragen auf politische Philosophie und Theorie. Das meint seine Rede vom »Hereinholen der Seinsfrage in die Wissenschaften«. Aber sein Denken selbst hat keine »sozial-, geschweige denn politikphilosophische Dimension« (21) und enthält nicht »immer auch eine politische Schicht« (10). Heidegger denkt in seiner Demokratiekritik daseinsanalytisch auf das bestehende Demokratieverständnis zu. Es geht ihm also nicht darum, etwa der Theorie des kommunikativen Handelns zu entsprechen oder diese zu optimieren (153ff.). Die Seinsfrage lässt sich so nicht gleichsam nachträglich in die (politische) Theorie einbauen, da die Theorie stets einen bestimmten normativen Ausgangsort hat. Daher muss die Theorie stets (praktisch) aktualisiert werden, über sie hinausgegangen werden, indem die Seinsfrage gestellt wird.

»Ist der Mensch dasjenige Wesen, das sich selbst und seine Mittel zum Leben herstellt? ODER Ist das Dasein des Menschen durch ein Geschick bestimmt, über das er nicht verfügt, dem er sich in all seinem Tun und Lassen zu fügen hat?«

(Heidegger) Die Beiträge legen zu sehr das Gewicht auf den ersten Aspekt, sind auch oft voreingenommen, indem z. B. Ergebnisse bereits zu Beginn eines Beitrages vorweggenommen werden. Charles Taylors Beitrag, der Heideggers Denken »tiefenökologisch« für die drängenden Fragen zeitgenössischer Gesellschaften fruchtbar machen möchte, und bereits vor über 20 Jahren erstmals veröffentlicht wurde, bildet demgegenüber in gewisser Weise fast schon eine Ausnahme, wodurch er eigentlich nicht so sehr in diesen Band hineinpasst. Die Resultate des Bandes sprechen aufgrund der hier angedeuteten zentralen Mängel für sich, z. B.: – »Auch wenn Heideggers Einsicht, dass der Mensch in Verstehen, Rede und Befindlichkeit ›immer schon‹ und unhintergebar an den Anderen verwiesen ist, in allen Werkphasen präsent ist, hat sich doch gezeigt, dass er aus dieser ontologischen Grundfeststellung nur in Ausnahmefällen einen Begriff von Gemeinschaft ableitet, der sich auch als sozial- und politikphilosophisch gehaltvoll erweist« (39); – »(Heideggers) Vernachlässigung des Alltäglichen und sein Desinteresse an Fragen des Politischen ließen ihn die wesentlichen Konsequenzen, die sich aus seinen Überlegungen zum ›Mitsein‹ ergeben, übersehen.« (243)

Markus Porsche-Ludwig

Andreas M. VOLLMER: *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG): Entstehung, Geschichte und Bilanz (Parteien und Wahlen, Bd. 5). Baden-Baden: Nomos, 2013, 499 S., 74 €*

Neue Parteien haben es in Deutschland schwer. Das zeigt schon ein Blick auf die Zahl der Bewerber, die bei jeder Bundestagswahl an der 5-Prozent-Hürde scheitern, 2013 waren es 29. Wissenschaftliche Aufmerksamkeit erhalten aus dieser Gruppe nur die Wenigsten. Im Regelfall reicht es für einen Eintrag in das von Frank Decker und Viola Neu herausgegebene *Handbuch der deutschen Parteien*. Dieses behandelt in seiner jüngst erschienenen 2. Auflage 151 Parteien. Das Missverhältnis zwischen Aufkommen und Wahrnehmung von Parteien spricht zunächst für das Funktionalisieren des Parteienwettbewerbs und die technischen Elemente des Wahlsystems – u. a. die Sperrklausel – welche eine Konzentration befördern und damit die Mehrheiten im Parlament re-

lativ klar organisieren sollen. Das zahlreiche Auftreten von kleinen und kleinsten Parteien in unserem an sich »hyperstabilen« Parteiensystem kann daher als Ausdruck von Beteiligungswillen gedeutet werden. Allerdings weist ihr Vorhandensein möglicherweise auf Nischenthemen hin, welche durch die etablierten Parteien nicht oder unzureichend aufgegriffen werden.

Der Ursprung neuer Parteien ist im Allgemeinen nicht selten die Abspaltung von einer etablierten Partei. In Deutschland zeichnen sich jedoch beide Volksparteien durch ein hohes Maß an Integrationskraft aus. Mit dem Stichwort »Konkurrenz im eigenen Lager« musste allerdings die SPD, in Form von Bündnis 90/Die Grünen und im Zuge der Wiedervereinigung durch die PDS, umgehen lernen. Beides sind keine originären Abspaltungen, richten sich aber zum Teil an dieselben Wählerschichten.

Als Reaktion auf die Agenda-Politik der SPD, die von den eigenen Mitgliedern zum Teil als marktliberal oder gar antisozial empfunden wurde, gründete sich aus kleineren Vorläufern im Januar 2005 die Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« kurz WASG. Die Zielsetzung, wieder »echte« sozialdemokratische Politik in Konkurrenz zur SPD anzubieten, wurde eigenständig nur für einen sehr kurzen Zeitraum verfolgt, da sehr schnell die Option einer Fusion mit der PDS im Raum stand. Diese Ambition wurde zentral von Oskar Lafontaine betrieben, er knüpfte gar seine Mitgliedschaft an diese Bedingung.

Die vorliegende Monographie von Andreas Vollmer greift sich damit eine der auch international wahrgenommenen Abspaltungen und kleinen Parteien der letzten Jahre heraus und macht sich an eine lückenlose Erschließung ihrer Geschichte. Inhaltlich geht die Publikation auf seine 2012 an der Technischen Universität Chemnitz eingereichte und verteidigte Promotionsschrift zurück. Sie ist als Band 5 der von Eckhard Jesse und Roland Sturm herausgegebenen Schriftenreihe »Parteien und Wahlen« erschienen.

Die erkenntnisleitende Fragestellung der Untersuchung ist dreigliedrig: »1. Wie verlief die Kooperation und spätere Fusion mit der Linkspartei.PDS für die WASG?, 2. Wie ist sie zu bewerten? und 3. Welches Erbe hat sie in der später entstandenen Partei DIE LINKE hinterlassen?« (S. 16). Dazu kommen eine Fülle von untergeordneten

Fragen, die speziell nach Akteuren, Einstellungen und Motiven forschen. Die Relevanz der Arbeit ergibt sich aus ihrer Originalität. Diese bestätigen die Gutachter der Dissertation – Uwe Backes und Eckard Jesse – in ihrem gemeinsamen Vorwort mit dem Verweis auf den bisher überschaubaren Forschungsstand zum Thema (S. 7).

In der Struktur der Publikation folgt auf Vorwort und Einleitung ein Kapitel zu linken Kleinparteien in der Bundesrepublik Deutschland. Wie oben skizziert hängt der Erfolg neuer Parteien stark von der Ausnutzung einer Gelegenheitsstruktur und dem Überwinden von Wahrnehmungs- und wahlrechtlichen Hürden ab. Nach dieser Beschreibung der historischen und institutionellen Spielregeln erarbeitet Vollmer auf Basis einer Dokumenten- und Sekundärliteraturauswertung Programmatik, Erscheinungsbild, Akteure, Verhältnis von WASG und SPD respektive PDS/Linkspartei.PDS sowie Wahl-»Erfolge« (S. 22–23). Die folgende deskriptive Darstellung der Geschichte der WASG erhält einen analytischen Charakter durch die Einteilung in vier Phasen und die zeitübergreifende Verortung in den Kontext Parteienwettbewerb und Gesamtgesellschaft. Die erste Phase erstreckt sich von März 2004 bis Januar 2005 und fasst die erste Organisationsphase der zunächst vereinsmäßig verfassten Gruppen »Wahlalternative« (WA) und der »Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit« (ASG) bis zu deren Zusammenschluss. Die Parteigründung im Januar 2005 bildet den Beginn der zweiten Phase. Diese endet für Vollmer bereits mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005. Von hier bis zur vorgezogenen Bundestagswahl im September 2005 erstreckt sich die kurze, aber mit Blick auf die gemeinsamen Listen von WASG und Linkspartei.PDS bei der Wahl sehr wichtige, dritte Phase. In der Fusion der beiden Parteien zur Partei DIE LINKE endet die Zeit der WASG als eigenständige Partei. Im Vergleich handelt es sich bei der vierten Phase vom September 2005 bis zum Juni 2007 um einen relativ langen Zeitraum. Vollmer schließt seine Untersuchung mit einer Betrachtung der Zeit vom Vereinigungsparteitag im Juni 2007 bis zum »Ost-West-Konfliktparteitag« im Juni 2012 ab. In diesem sehr umfangreichen Abschnitt wird das »Erbe der WASG für die Partei DIE LINKE« beschrieben. Mit dem gleichen methodischen Vorgehen wie zuvor wird der weitere Weg und die Positionierung entschei-

dender WASG-Akteure in der »neuen« Partei verfolgt. In seinem abschließenden Fazit fasst Vollmer das Ergebnis seiner Untersuchung in elf Punkten zusammen. Heraus sticht vor allem die Feststellung, dass DIE LINKE nur oberflächlich zu einer gesamtdeutschen Partei avanciert ist. Die parteiinternen Spannungen zwischen den Gruppen und Flügeln sind weiterhin gut sichtbar (S. 424). Stichworte hierfür finden sich in Personen wie Sarah Wagenkecht, in Gruppierungen die weiterhin an extremen Positionen beispielsweise in Fragen von Eigentum und Wirtschaftssystem festhalten oder ganz praktisch in den Wahlergebnissen der LINKEN bei Landtagswahlen in den alten Bundesländern und bei der Bundestagswahl 2013.

Das Wirken und Werden von nicht etablierten Parteien wird nachvollziehbar ein Randaspekt der Forschung bleiben. Vor dem Hintergrund, dass derzeit 15,7 Prozent der Zweitstimmen nicht im Deutschen Bundestag vertreten sind und mit der FDP ein Gründungsmitglied aus diesem ausgeschieden ist, ist ein Bedeutungsanstieg der kleineren Akteure naheliegend. Fest steht jedoch, dass für das Kräfteverhältnis zwischen den großen Parteien verändernde Absplittierungen von besonderer Relevanz sind. Dies zeigt der Fall der WASG deutlich.

In dem genannten Sinne ist die dezidierte Aufarbeitung der Geschichte und Entwicklung einer solchen »kleinen« Abspaltung von einer etablierten Partei ein Wert an sich. Das durchgängig gut zu lesende Werk hat seine Stärken im Bereich der deskriptiven Parteienforschung, liefert aber ebenso schlüssige Analyseergebnisse (S. 417–427). Es ist eine Erweiterung des Forschungsstandes zur Partei Die Linke und zum extremen Potential in der Partei und der Linken in Deutschland. Nicht zuletzt die Perspektive auf ein mögliches Rot-Rot-Grünes Bündnis auf Bundesebene macht das Buch zur Pflichtlektüre.

Christian Nestler

Harald WERNER: *Wie die Gedanken in die Köpfe der Menschen kommen. Dialektik und Didaktik der politischen Bildung.* Köln: PapyRossa, 2013, 189 S., 12,90 €

Heutzutage, da im akademischen Mainstream eine bewusste Anwendung dialektischen Denkens weitestgehend marginalisiert ist, erregt ein Titel, der

eine Verbindung von Dialektik und Didaktik programmatisch ausweist, wohl schon alleine deswegen Aufmerksamkeit. Harald Werner schickt sich an, »die Nützlichkeit des dialektischen Denkens anhand didaktischer Probleme unter Beweis zu stellen.« Gleichzeitig kritisiert er die Reduktion von Didaktik auf Methodik, die zu einer »gewissen Verarmung« führe. (7)

Der Autor umreißt einleitend sein Verständnis des Begriffes »Dialektik«, bei der es entgegen gelegentlich anzutreffender Fehldeutungen nicht darum gehe, »jemandem das Wort im Munde umzudrehen« oder um ein geschicktes rhetorisches Manöver, sondern um die »Lehre von den Widersprüchen«, deren Geschichte bis in das frühe Altertum zurückreiche und die viele verschiedene Richtungen hervorgebracht habe. Werner jedoch beruft sich »vor allem« auf das »dialektische Denken bei Marx und Engels« (8), womit er sich auch von Modellen abgrenzt, die Dialektik als reine Denkmethode begreifen.

Werner stellt klar, dass es ihm nicht darum gehe, ein Lehrbuch der Dialektik zu verfassen, sondern um Möglichkeiten ihrer Anwendung auf didaktische Probleme, wobei er als Beauftragter des Parteivorstandes von DIE LINKE hier erkennbar primär linke und gewerkschaftliche politische Bildungsarbeit im Auge hat. Das kann durchaus in Analogie zu dem klassischen Grundsatz verstanden werden, wonach Philosophie noch am besten am Gegenstand selbst zu erlernen ist. Gleichwohl umreißt er sehr knapp – hierbei eng der Darstellung Friedrich Engels' folgend – drei »Prinzipien« der Dialektik, die da wären: »Einheit und Kampf der Gegensätze«, »Negation der Negation« und »Umschlag quantitativer Veränderungen in eine neue Qualität«. Werners Darstellung bleibt dabei jedoch selbst für eine konzise Darstellung recht schematisch und zum Teil lückenhaft; Weiterentwicklungen marxistischer Dialektik nach Engels bleiben von ihm unbeachtet.

Der Autor warnt »vor eindimensionalen, durchweg stringenten und Allgemeingültigkeit beanspruchenden Konzepten«, vielmehr wolle er mit seinem Buch dazu verhelfen, »die Entscheidungsgrundlagen für eine emanzipatorische linke Bildungsarbeit kenntlich zu machen« (10) Vor dem Hintergrund einer »allgemeinen Entpolitisierung« in der (bundesdeutschen) Gesellschaft, die er recht fix aus sinkenden Wahlbeteiligungen und eingebrochenen Mitgliederzahlen von SPD und

CDU meint ableiten zu können, bemängelt er einen Mangel an politischer Bildung, die selbst da, »wo sie entstanden ist«, anzutreffen sei, »nämlich in Gewerkschaften und linken Parteien.« (11) Auch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, die teilweise durch »Outsourcing« in fremde Institutionen und Stiftungen verlagert worden ist, sei eine »immer stärkere Konzentration auf funktionale und organisationsinterne Qualifizierung« auszumachen, wohingegen »politische Grundlagenbildung« dort »austrocknet«. (11)

Diesem negativen Befund schließt Werner einen interessanten historischen Rückblick auf die Anfänge politischer Bildungsarbeit in Deutschland an, die nicht nur zuerst in Gewerkschaften und den Parteien der Arbeiterbewegung stattgefunden habe, sondern tatsächlich deren Wurzeln darstellten: »Die deutschen Arbeiterbildungsvereine sind... älter als die politischen und gewerkschaftlichen Massenorganisationen.« (15) Sehr aufschlussreich ist die Darstellung des Autors, wonach es in der linken und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit schon sehr früh die Tendenz gegeben habe, diese auf eine »Vermittlung des Stoffs zur Bewältigung des politischen Tagesgeschäfts« zu reduzieren und die Bedeutung »allgemeiner Aufklärung« geringzuschätzen – einer Entwicklung, der interessanterweise nicht zuletzt Rosa Luxemburg entgegenzutreten versuchte. (17) Diese Tendenz war auch verbunden mit einem zunehmend distanzierenden und instrumentellen Verhältnis gegenüber Intellektuellen.

Werner misst politischer Bildungsarbeit eine zentrale Rolle für die gewerkschaftliche »Handlungsfähigkeit« zu. Das größte Problem, mit dem sie konfrontiert sei, ist ihm zufolge »die gesellschaftlich rückläufige Bedeutung von Bildung überhaupt« (30) Diese manifestiere sich – entgegen der gängigen Rede von der »Wissengesellschaft« – etwa darin, dass es in Deutschland unter der erwachsenen Bevölkerung 7,5 Millionen »strukturelle Analphabeten« gebe. Politische Bildung stehe folglich häufig vor der Herausforderung, dass zunächst einmal »elementare Kulturtechniken« zu erlernen wären. (31)

Nachfolgend widmet sich der Autor direkter didaktischen Fragen. Hier orientiert er sich vor allem an Klaus Holzkamp, dem bekanntesten Vertreter der etwas in Vergessenheit geratenen »Kritischen Psychologie«, die einstmals vor allem an der FU Berlin ihre stärkste Basis hatte. Das, was

Werner im Folgenden über »Subjektorientierung«, die Rolle von Emotionen beim Lernen, das Verhältnis von Lehren und Selbstlernen oder auch Kooperatives Lernen schreibt, kann mittlerweile in der Didaktik und Bildungsforschung weitgehend als Gemeingut gelten, was jedoch nicht zwingend ein Manko ist, wenn man sich vor Augen hält, dass der Autor weniger einen Nachschlagewerk für angehende Lehrkräfte im Schuldienst, als ein Handbuch für in (linker) außerschulischer politischer Bildungsarbeit Tätige verfasst hat. Welche Bedeutung dabei jedoch der Dialektik zukommt, vermag Werner hier leider nur ansatzweise zu vermitteln.

Anders verhält es sich wohl bei Werners Ausführungen über empirische und theoretische Verallgemeinerungen. Hier zeigt er auf plausible Weise auf, wie der pädagogische Anspruch auf Anschaulichkeit an seine Grenzen stößt, wo es um die Vermittlung theoretischer Gesetze geht, gerade bei geisteswissenschaftlichen Inhalten: »Hier führt die Anschauung häufig in die Irre... Wer etwa versucht, die kapitalistische Industrialisierung durch Bilder zu veranschaulichen, darf sich nicht wundern, dass der Industriekapitalismus nicht mehr erkannt wird, wenn seine rauchenden Schornsteine und Fließbänder verschwunden sind. Eine höchst aktuelle Erscheinung, wenn man daran denkt, dass viele von der Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft sprechen, weil sie eine nur anschauliche und keine theoretisch-analytische Vorstellung von Industriegesellschaft haben.« (118) Auch Werners Überlegungen zu der von Marx in *Das Kapital* entwickelten Methode, »vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen« und

sein Versuch, sie auf didaktische Probleme anzuwenden, ist durchaus interessant, gerade weil sie im Gegensatz zu der im Bildungswesen etablierten Vorstellung steht, idealerweise das Konkrete zum Ausgangspunkt zu nehmen.

Wirklich instruktiv sind die kritischen Ausführungen des Autors über das Paradoxon, dass ausgerechnet die »emanzipatorischen« Zielsetzungen »linker Bildungsarbeit« zu »Lernbehinderungen« führen könnten: Das Vorhandensein vorgegebener Ziele und Prinzipien stehe in einem »bedingten Gegensatz« zu dem gleichzeitigen Anspruch von »Offenheit und Pluralität«. Dass Werner nur ansatzweise Lösungsansätze für diesen (tatsächlich dialektischen) Widerspruch aufzeigt, vermag den Gewinn nicht zu schmälern, der schon aus dem Aufwerfen derartiger kritischer Fragen zu ziehen ist.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Werner ein nützliches Handbuch für in (linker) politischer Bildungsarbeit Tätige verfasst hat. Über diesen Adressatenkreis hinaus ist jedoch nur passagenweise Gewinn aus seiner Lektüre zu ziehen. Sein Versuch aufzuzeigen, inwieweit die Dialektik für die Didaktik fruchtbar gemacht werden kann, ist nur teilweise als gelungen anzusehen und hätte einer stärkeren Fundierung bedurft. Auch hätte hier eine Bezugnahme auf die »Dialektische Didaktik« des DDR-Pädagogen Lothar Klingberg nahegelegen, die nach wie vor zum Lehrkanon an erziehungswissenschaftlichen Fakultäten zählt.

Beda Erlinghagen